

Panzerkreuzer und soziale Reaktion

Von Martha Trenzsee

Panzerkreuzer statt Kinderspaltung. Mit strategischer Deutlichkeit hat die Sozialdemokratie ihr soziales Mäntelchen abgelegt, mit dem sie in den Wahlkampf zog. Offen bekannte sie sich für Ausbildung, gegen soziale Ausgaben. Als die Empörung der Massen hat der sozialdemokratische Innenminister Soering nur ein verächtliches "Ne" (nach ne schwören) (1). Die Minister wollen nicht nur Monate, sondern die ganze Legislaturperiode hindurch regieren. Und sie stehen erst am Anfang. Das Trutzkapital verlangt konsequente Fortführung der Politik des Abbau des sozialen Palastes bei gleichzeitiger Steigerung der Rüstungen zur Durchsetzung seiner imperialistischen Ziele. Deshalb wurde in der gleichen Kabinettssitzung, in der der Bau des Panzerkreuzers A beschlossen wurde, die Ausdehnung der Unterstützungsbauer in der Arlensfürsorge abgelehnt, deshalb verbündete die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Abstimmung des kommunistischen Antrages, die für den Panzerkreuzer angeforderte Summe für Kinderspaltungen zu verwenden.

Wir Kommunisten wissen, daß der kapitalistische Staat nur so viel für soziale Aufgaben ausgibt, als notwendig ist, die Massen ruhig zu halten, um zu verhindern, daß sie rebellieren. Werden der Sozialdemokratie die Regierungsgeschäfte überlassen, belorzen diese die Verzüglichkeit der Massen, so kann am Sozialstaat erst recht gelacht werden.

Schon zu Zeiten des Bürgerblods hat die Sozialdemokratie sich redlich bemüht, den Erfüllungsnachweis für ihre Regelungstätigkeit zu erbringen. Wir erinnern die Erwerbslosen daran, daß es nur mit Hilfe der Sozialdemokratie möglich war, das Arbeitslosenversicherungsgesetz durchzubringen, daß der Arbeiterschaft die gelösten Kosten aufzubüren, hunderttausende von Erwerbslosen aber trotz ihrer Beitragzahlung ohne Unterstützung läuft. Im Reichstag für 1928 fanden dafür 450 Millionen Mark eingesetzt werden, obgleich blieben nun noch die Reichsschulden zur Arlensfürsorge. Als die kommunistische Reichstagsfraktion über verlangte, statt 100 Millionen 300 Millionen Mark für die Arlensfürsorge zu bewilligen, stimmte die sozialdemokratische Fraktion gemeinsam mit dem Bürgerblod dagegen. Jetzt bewilligen sie den Bau des Panzerkreuzers, für die Arlensfürsorge ist aber angeblich kein Geld da. Auch die zweite Verordnung, die unter dem Druck der empörten Massen den ersten Besluß abändern sollte, ändert daran nichts. Es bleibt den Arbeitsozialisten überlassen, wie lange Arlensunterstützung gesährt wird.

Die Forderungen der Kriegsopfer, ihre Renten mindestens auf den Friedensstand zu bringen, und die 750 000 jahrs- und zwangsprozentige Beihilfendaten wieder in die Verjüngung aufzunehmen, wurden nur von den Kommunisten vertreten. Alle anderen Parteien, einschließlich Sozialdemokratien, lehnten sie ab. Auch für die alten Forderungen, Heilbehandlung der Hinterbliebenen, ist kein Geld vorhanden. Den lebenden Opfern des Weltkrieges verweigert die Regierung ihre Ansprüche, rühtet aber zu neuen Kriegen mit neuen Opfern.

Die Arbeitslosindividuen wurden im Bürgerblod-Ratprogramm mit Pensionserhöhungen ihrer Renten abgesetzt. Die Knapphaushaltswilligen gingen völlig leer aus. Die Forderung der Kommunisten, den Reichsbund für Invaliden und Witwenrenten von 6 auf 28 Mark im Monat und der Waisenrente von 8 auf 12 Mark im Monat zu erhöhen, wurde abgelehnt. Ebenso die Erhöhung des Grundbetrages von 14 auf 24 Mark. Die Sozialdemokratie stimmte dem Bürgerblodgesetz zu und lehnte die kommunistischen Anträge ab. Dabei sind dauernd die Feinde erhöht worden, so daß jetzt bereits wieder ein Vermögen von 1½ Milliarde am Ende des Jahres vorhanden sein wird.

Arbeitslosindividuum! Denkt daran, wie vor dem Weltkrieg die Arbeitslosengrößen aufgelöscht wurden, um dann mit dem Zweimilliardenvermögen der Invalidenversicherung mithinzuhören, den Weltkrieg zu finanzieren. Das gleiche wiederholt sich jetzt. In der Regierungserklärung des sozialdemokratischen Reichstagskaders steht es, daß ein Abbau der Leistungen nicht geplant sei. Die Regierung denkt also nicht an eine Erhöhung der Renten und nicht an die Herabstellung der Altersgrenze, um den Arbeitern, die heute im Betrieb nicht mehr untersetzen können, wenigstens die geringe Rente zu sichern, trotz der Millionenüberflüsse. Sie benutzt nicht nur die Steuergrößen für den Bau des Panzerkreuzers und anderer Kriegsrüstungen, sie verschafft sich auch aus den Beiträgen zur Sozialversicherung neue Kriegstonden.

Die Vollblinden, die ein Blindenentgelt bekommen, um nicht auf Wohltaten angewiesen zu sein, haben bisher überhaupt noch keine Antwort erhalten.

Die Empörung der Kleinrentner über das häßliche Verhalten des Rechtsparteien bei der Aufwertung und gegenüber ihrer Forderung nach einem Kleinrentnervergütungsgesetz wurden von der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Stimmenvorstand ausgenutzt. Diejenige Panzerkreuzer-Regierung hat zu erkennen gegeben, daß auch sie nicht an ein Kleinrentnervergütungsgesetz denkt.

Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge. Die Mutterlichkeit hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates." So steht es im Artikel 119 der Weimarer Verfassung. Ein Jahr gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen. Rund eine Million wohnungslose Familien wurden 1927 amtlich gezählt. Das Reich aber stellt keine Mittel zum Wohnungsbau zur Verfügung. 5 Millionen für Kinderförderung wurden gestrichen, hunderttausende Kinder damit oft die einzige warme Mahlzeit genommen.

Das Elend der schwangeren Mütter, die zur Arbeit gezwungen sind, schreit zum Himmel. Gewerkschafts-

heiten und Bekämpfung der Überfüllung überhaupt nichts. Für das Reichsgegenübersamt sind insgesamt nur 1,7 Millionen Mark im Etat vorgesehen, für Reichswirtschaftsamt allein dagegen 9,6 Millionen Mark.

Der Staat, der hundert Millionen für neue Kriegsrüstungen ausgibt, hat eben nichts übrig für soziale Aufgaben. Der Bau des Panzerkreuzers "A" und die daraufgehenden bedeutet, daß die herrschende Klasse noch rücksichtsloser wie bisher den Abbau der sozialen Lohns weiterziehen wird. An einen Ausbau ist nicht mehr zu denken. Die Sozialdemokratie hat es gewagt, die Arbeiterschaft aufzurufen, nicht für das Volksbegehren einzutreten, sich also kampflos zu unterwerfen. Um so mehr gilt es, alle Kräfte zu mobilisieren. Die ihre Rechte forderten Kriegsroter, Erwerbslosen, Sozialrentner, Kindblinden, Kleinrentner, Wohnungslosen, die Millionen Mütter, die nicht wollen, wie sich der Hunger ihrer Kinder stillen sollen, ja alle müssen sich vereinten zum Volksbegehren, als Protest gegen den Panzerkreuzerbau, gegen Kriegsrüstungen, gegen die soziale Reaktion.

Hermann Müller präsentiert die Rechnung:

15 000 Leichen geleistet, wir bitten um weitere zeitnahe Unterstützung

Der Reichskanzler Hermann Müller hielt am 4. Oktober auf dem Bankett des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger eine politische Ansprache. Verein Deutscher Zeitungsvorleger, das bedeutet Hugenberg, Mohr, Uhlmann und die anderen Großbarone. Unter allen Formen des Profitmachens ist der kapitalistische Zeitungsbetrieb mit die schändliche und gräßliche Methode, die durch die Verzerrung der Realitäten, durch die organisierte massive Propaganda zur Heiligung der Ausbeuterklasse in höchster Weise betrieben. Vor dieser erledeten Gesellschaft sprach der sozialdemokratische Reichskanzler Müller. Er berührte die Leistungen der kapitalistischen Presse, die insbesondere darin besteht, daß sie die Kriegsgefechte verheimlicht und einen neuen Kriegspatriotismus erzeugt der schlimmer ist als jener vor dem 4. August 1914.

Über Müller bestimmt sich nicht nur auf eine Verherrlichung der kapitalistischen Presse, er empfiehlt sich auch als sozialdemokratischer Reichskanzler den Zeitungsvorleger eine einflußreiche Schilderung der schamlosen Propaganda bedient. Arbeitermord ist des Müllers Zahl. Es gibt wohl unter den unzähligen schändlichen Auskünften der sozialdemokratischen Führer über die proletarische Revolution in Deutschland kaum eine, die an Niedergeschlag folgenden Ablauf der Rede Müllers übersteffen würde.

"Wenn ich heute die Ehre habe, in diesem Kreise zu reden, so möchte ich am Schlus auf eine andere Erinnerung auftreten,

sam machen, die mir der Aufzähling weit erscheint. In diesem Bankettjahr wird sich in Berlin zum zehnten Male die Woche jähren, in der es zweitloses erscheint, ob die Regierung über Schneidermann sich gegen den sozialistischen Kulturm hält oder nicht. Sie wissen, daß bei diesen Untersuchungen das Berliner Zeitungsvorleger stark im Mittelpunkt gestanden wurde. Man macht auf einmal die Erfahrung, daß Rotationspapier sehr gut zu Verkaufen verwendet werden könnte. So wie die Woche, wo in der Schützen, Zimmer, und Lindenstraße am meisten geschossen worden ist. Ich war damals als Mitglied des Kriegsgerates hervorragend an den sogenannten Komplettverhandlungen beteiligt."

(Zitiert nach dem Vorwärts vom 5. Oktober 1928.)

Diese Rede Müllers zeigt also deutlich, daß der sozialdemokratische Reichskanzler hier nicht nur als Erinnerungen aufzufrischen will, sondern die Bereitschaft der Sozialdemokratie ausdrückt auch eine kommende proletarische Revolution in Deutschland zum Nutzen der sozialistischen Presse und des Gelände Kapitals mit Hilfe der Reichswehr und der sozialdemokratischen und sozialistischen Garde im Blute zu ersticken.

Wollt ihr wissen, was die geplante Große Koalition bedeutet? Müllers Rede; das ist Koalitionspolitik, das ist die Basis zur Großen Koalition.

Und Dr. Joachim sprach . . .

(Arbeiterkorrespondenz)

In der außerordentlichen Generalversammlung der Dresdner Buchdrucker sprach am vergangenen Mittwoch der Regierungsrat Dr. Joachim (Reichssozialministerium) über "Das Arbeitrecht in der Sowjetunion". Zum Prangen der Opposition, einen Auftaktdokumenten sprechen zu lassen, war die Verbandsleitung nicht nachgekommen. Sie glaubte, dieser Anordnung Nachwirkung zu tragen, indem sie sich den oben genannten Dr. Joachim verabschiedet. Tatsächlich braucht es die Opposition nicht zu bedauern, denn die Ausführungen des Referenten, dessen Vermühungen jedoch zu berücksichtigen waren, waren doch alles andere, als was man sich wohl seitens des Vorstandes einbildete hätte. Dr. Joachim wies einleitend darauf hin, daß er, der zwischen Sprache möglichen, einen offiziellen Bericht ab geben in der Vage sei. Man solle sich deshalb nicht wundern, wenn er in seinem Referat manches anders darstelle, als wie es in den Zeitungen zu lesen sei. Vor allem müsse er sich dagegen wenden, daß gewisse Tagesblätter (siehe Dresdenner Volkszeitung) in falscher Weise über das Eindringen des Auslandskapitals und Wiederanlösung des Kapitalismus berichten. Es sei dies nicht wahr. Die Schließstabindustrie liege vollkommen in den Händen des Staates.

Über die russische Gewerkschaftsbewegung ließ er sich in etwa folgender Weise aus. Richtig sei zu behaupten, die russischen Gewerkschaften seien in ihrem Aufbauprozess behindert. Er habe im Gegenteil feststellen können, daß die Tätigkeit vielfach der Tätigkeit der deutschen und englischen Gewerkschaftsbewegung ähnlich sei. Vor allem habe er feststellen können, daß in den Tarifverträgen vielfach Forderungen der deutschen Arbeiterschaft als Errungenes übernommen seien. Nur ein einziges Gelehrte der russischen Arbeiterschaft zur Verfügung, das sei die Tarifprozeßordnung. Dieses Gesetz sei infolge seiner Klarheit auch in arbeitsrechtlicher Beziehung vollständig denkend. Besonders sei zu beachten, daß die Sowjetregierung keine Tarifverträge zuläßt, die die gewährleisteten Rechte der Beschäftigung mißachten.

Mit wem schließen die Gewerkschaften Tarifverträge ab?

Vor allem kommen da die Betriebe der öffentlichen Hand in Frage. Die Gewerkschaften schließen beizulegen ab. Die Privatbetriebe müssen nur betriebsweise abstimmen, eine Konsolidierung der Privatindustrie, wie in Deutschland, ist in der Sowjetunion verboten. Vielleicht sind die abgeschlossenen Tarifverträge der Gewerkschaften auch verbindlich für Privatunternehmen.

Das Betriebsrätewesen lehne sich an das deutsche an. Neuwahlen finden alljährlich statt.

In seinen weiteren Ausführungen betonte er, daß man immer befreien müsse, daß die Gewerkschaften der Sowjetunion vor großen Aufgaben stehn, und je weiter man sich von den Deutschen entferne, man auch noch auf die letzte Reste des Privatkapitalismus stoße. So im Konsumgenossenschaftswesen. Während man in den Industriestädten Konsumgenossenschaften als einzige Träger des Handels antritt, sei noch am Lande neben der Konsumgenossenschaft auch der Händler anzutreffen, es sei somit dies auch ein Zeichen, daß der Sozialismus noch nicht reiflich durchgeführt sei, seine Tatsache, die wir als Kommunisten noch nie bekräftigt haben. Doch müsse er offen gestehen, daß die Sowjetunion den Verhältnissen der Zarenzeit gemessen ungeheure Fortschritte und Erfolge erzielt habe. Dies sei vor allem auf die fast reiße Organisierung der Industriearbeiterschaft in den Gewerkschaften und den Räten in der Einheit verlaufen.

Die einleitende Diskussion ergab noch interessante Ergänzungen. Der Genosse Philipp trug die Sachlichkeit heraus und ergänzte durch Beispiele noch einige wichtige Angelegenheiten.

Eingehend behandelte sich Genosse Möckel mit den Ausführungen des Redners. Zunächst darauf wortend, daß der Referent ausgeführt hatte, daß man beobachte die russischen Gewerkschaften als unter Diktat stehend zu bezeichnen, habe er hervor, daß die Ausführungen gerade das Gegenteil bewiesen, und stellte die Forderung der Herstellung der internationale Gewerkschaftseinheit. Eine andere Tatsache sei, daß Gewerkschaft und Arbeiterschaft, sowie Regierung an der Verbesserung der Lebensbedingungen arbeiten. Zwischen beiden leiden an dem heutigen Übel, so manchem Feind der Sowjetunion die Augen öffnet, so manches Lügengewebe sei gerichtet worden. Wo könne man, außer der Sowjetunion, nachweisen, daß die Arbeiterschaft durch die Regierung geführt ist? Nirgends sei in der Welt ein Staat, welcher in Parallele mit dem einzigen

Arbeiterstaat gestellt werden könnte. Während der Referent bestont hat, daß die Bäder in der Krim vollständig in Händen der Sozialverhüterung des Staates sind und die russischen Arbeiterschaft erholung haben könne, man in Deutschland nicht davon reben, daß der Arbeiterschaft Gelegenheit hat, in den Bädern Kiel zu erholen. Hier sei eben der Unterschied: die Stadt in Rußland liegt in den Händen der Arbeiterschaft! Daraus erwähne für die Arbeiterschaft der Welt die Pflicht, den Arbeiterschaft Sowjetrußland zu schicken und wahre Freunde der russischen Arbeiterschaft zu werden.

In der Diskussion trat der ehemalige Gaumorcher Freitag auf. Er verlor die Lohnfrage noch anzuzeigen, erklärte weiter, daß nach seiner Ansicht die Zusammenlegung der Industriestadt und demokratisch sei. An den Ausführungen mögte er frisch herausgefunden haben. Rußland sei vom Auslandspolitik beeinflusst. Im Schluswort stellte Regierungsrat Joachim fest, daß die Diskussion ihm impoertet hätte. Vor allem müsse er befürchten, daß geradezu Erstaunliches geleistet werden bei Fragen der Arbeiterschaftsclubs. Zweitelles sei die Wohnungssnot schuld, daß die Sowjetrepublik kein Vorwurf zu machen. Er wünschte nur, die deutsche Arbeiterschaft würde auch dazu kommen. Das Gemeinwohl steht bei vorzüglich. Die alljährlich zu wählenden Betriebsräte sind voll der Arbeiterschaft verantwortlich. Die Lohnsätze für den russischen Arbeiterschaft niedriger als in Deutschland, doch an den sozialistischen Plätzen gemessen, bedeutet sie einen großen Fortschritt. Die Kommunisten können nur bis zu einem bestimmten Grad verdienen, ein darüber gibt es nicht. Der rote Direktor ist voll verantwortlich und schwerer Belastungen stehen ihm bevor, wenn er sich gegen die Gewebe wendet.

Noch leben die Sanatorien nicht im modernsten Zustande. Aber die Sowjetrepublik ist an dem Ausbau stark beteiligt. Er könnte nur bestätigen, daß es normativ geht. Man solle aber Deutschkirche nicht vergessen, mit den vorzülichen Sozialversicherungen habe es Rußland leichter gehabt, denn dort sei man eben Besitzer von Grund und Boden (was einzig Mal, wo die Totale nicht zugeht). Sein Außenhandel in der Sowjetunion habe ihn überzeugt, daß der Sozialismus zwar noch nicht durchgeführt sei, doch man über davon ist ihr aufzubauen. Die Tätigkeit der Sowjetrepublik ist vorzüglich. Die alljährlich zu wählenden Betriebsräte sind voll der Arbeiterschaft verantwortlich. Die Lohnsätze für den russischen Arbeiterschaft niedriger als in Deutschland, doch an den sozialistischen Plätzen gemessen, bedeutet sie einen großen Fortschritt. Die Kommunisten können nur bis zu einem bestimmten Grad verdienen, ein darüber gibt es nicht. Der rote Direktor ist voll verantwortlich und schwerer Belastungen stehen ihm bevor, wenn er sich gegen die Gewebe wendet.

Noch leben die Sanatorien nicht im modernsten Zustande. Aber die Sowjetrepublik ist an dem Ausbau stark beteiligt. Er könnte nur bestätigen, daß es normativ geht. Man solle aber Deutschkirche nicht vergessen, mit den vorzülichen Sozialversicherungen habe es Rußland leichter gehabt, denn dort sei man eben Besitzer von Grund und Boden (was einzig Mal, wo die Totale nicht zugeht). Sein Außenhandel in der Sowjetunion habe ihn überzeugt, daß der Sozialismus zwar noch nicht durchgeführt sei, doch man über davon ist ihr aufzubauen. Die Tätigkeit der Sowjetrepublik ist vorzüglich. Die alljährlich zu wählenden Betriebsräte sind voll der Arbeiterschaft verantwortlich. Die Lohnsätze für den russischen Arbeiterschaft niedriger als in Deutschland, doch an den sozialistischen Plätzen gemessen, bedeutet sie einen großen Fortschritt. Die Kommunisten können nur bis zu einem bestimmten Grad verdienen, ein darüber gibt es nicht. Der rote Direktor ist voll verantwortlich und schwerer Belastungen stehen ihm bevor, wenn er sich gegen die Gewebe wendet.



Jugend agitiert für Volksbegehren

